Wer wurde vereinigt und wer nicht?

Lydia Lierke wurde kurz nach dem Mauerfall geboren und wuchs im Osten Deutschlands auf. Aufgrund der rassistischen Gewalttaten der letzten 30 Jahre fragt sie, wer mit der Wiedervereinigung vereinigt und wer von diesem Prozess ausgeschlossen wurde.

Als ich anfing, diesen Text zu schreiben, war der Terroranschlag in Halle an der Saale gerade eine Woche her. Die Synagoge liegt gegenüber der Wohnung meiner Freunde, durch deren Tür ich jahrelang ein und aus ging. Ein Ort, der mir wohlbekannt ist. Der Schock sitzt tief, überraschend kam das Attentat jedoch nicht. Dreißig Jahre nach dem Mauerfall feiert Deutschland die sogenannte „friedliche Revolution“ und die „Wiedervereinigung“. Zum Jubiläumsjahr des Beitritts der DDR zur BRD 2020 werde auch ich 30 Jahre alt. Als erste Generation, die nach dem Mauerfall geboren wurde, fällt mir ein Mitfeiern jedoch schwer. Bereits anhand der Stationen meines Lebenslaufes kann eine lange Geschichte von rassistischen Gewalttaten im vereinigten Deutschland erzählt werden.

Meine Geburtsstadt Hoyerswerda ist bekannt für das erste Pogrom nach dem Mauerfall 1991. Mehrere hundert Menschen griffen damals aus rassistischen Motiven ein Wohnheim für Vertragsarbeiter_innen und ein Asylwohnheim an. In dieser Zeit prägten die Asylkompromisse zwischen CDU/CSU, FDP und SPD einen öffentlichen Diskurs, in dem Migration verstärkt als Problem wahrgenommen wurde. Am 1. Januar 1991 trat das von Helmut Kohl lange vorbereitete neue Ausländerrecht in Kraft. Dies sollte die Einbürgerung vieler sogenannter Gastarbeiter_innen und ihrer Familien, die seit Jahrzehnten in der BRD lebten, massiv erschweren und das Recht auf Asyl einschränken. In der ehemaligen DDR wurden die Aufenthaltstitel der dort lebenden Vertragsarbeiter_innen nicht verlängert, viele mussten ungewollt in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Es folgten bundesweit rechte Gewalttaten und Morde an Migranten_innen, also denen, die bei der Wiedervereinigung nicht dazu gehören sollten. Die rassistischen Pogrome schufen ein Klima, in dem sich rechte Strukturen ungestört entwickeln konnten. Ich wuchs in Jena auf und verbrachte meine ersten Partys in dem Club, in dem sich zehn Jahre zuvor der NSU traf. Nach meinem Abitur zog ich nach Leipzig, wo 2015 auf dem Augustusplatz die Legida-Demonstrationen begannen, welche einen Anfangspunkt für den Wahlerfolg der AfD markieren. Die Zeit meines Studiums verbrachte ich in Halle und Kassel. Dort wurde 2006 Halit Yozgat in seinem Internetcafé als neuntes bekanntes Opfer des NSU ermordet. Was in Jena begann und über ein Jahrzehnt ungestört morden konnte, machte nicht nur Station in Kassel, sondern setzte sich mit seinen Kompliz_innen nach der Selbstenttarnung des NSU fort.

Diese Ereignisse stellen nur einen Bruchteil der rassistischen Gewalt in Deutschland dar. Die Brandanschläge auf Mölln und Solingen machen deutlich, dass es sich nicht um ein ostspezifisches Problem handelt. Der Begriff „Wiedervereinigung“ drängt daher unweigerlich die Frage auf, wer vereinigt wurde und unter welchem Ausschluss diese Vereinigung stattfand.

Die rassistische Kontinuität der letzten 30 Jahre macht deutlich, dass mit dem Slogan „Wir sind ein Volk“ ein *Ihr* konstruiert wurde, dass an den Feierlichkeiten nicht teilnehmen soll, um den Zusammenhalt der weißen Mehrheitsgesellschaft zu kreieren. Die Kosten des Zusammenhalts in der Mehrheitsgesellschaft Nachwendedeutschlands sind der NSU-Komplex, Halle und all die vergangenen und kommenden rassistischen Gewalttaten. Für eine andere Gesellschaft ist die Aufarbeitung der deutsch-deutschen Geschichte notwendig. Sie kann nur im Zusammenhang einer öffentlichen Analyse der rassistischen Zustände seit der BRD und DDR bis hin zur Gegenwart stattfinden. Darin müssen vor allem die Perspektiven und das Wissen derer sichtbar gemacht werden, auf deren Rücken die „Wiedervereinigung“ ausgetragen wurde und die im Zuge dessen ausgeschlossen wurden. Glücklicherweise gibt es seit jeher Widerstand und immer mehr Initiativen und Einzelpersonen, die ihre Geschichte und Analysen in einen öffentlichen Diskurs einbringen. Bis diese jedoch in den gesellschaftlichen Kanon eingehen, braucht es noch einen langen Atem.

Lydia Lierke © privat